

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei täglich periodischer Zustellung frei Haus monatlich RM. 3,00, durch Postweg RM. 3,50 einschließlich 20 Pf. Beleggeld (ohne Postumschlaggebühren) bei Heftverkauf 10 Pf. zuzüglich 20 Pf. Beleggeld

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/32. Fernruf 25241. Postfach 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umstehungsbehörde Dresden und des Stadtschreibers beim Oberverwaltungsamt Dresden

Belegpreis: 30 mm breite Grundgröße 35 Pf., 40 mm 40 Pf., 45 mm 45 Pf., 50 mm 50 Pf., 55 mm 55 Pf., 60 mm 60 Pf., 65 mm 65 Pf., 70 mm 70 Pf., 75 mm 75 Pf., 80 mm 80 Pf., 85 mm 85 Pf., 90 mm 90 Pf., 95 mm 95 Pf., 100 mm 100 Pf.

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Niederländischer Schritt in Paris

Holland gegen deutschfeindliche Lügen

Keine Waffenlieferungen nach Deutschland

Paris, 2. Dez. Die holländische Gesandtschaft in Paris teilt mit: Trotz früherer Demenstschäftigt die Frage der angeblichen Waffenlieferungen aus Holland nach Deutschland nach wie vor gewisse Organe der französischen Presse. Nach einer neuen von der holländischen Regierung unternommenen Untersuchung ist die holländische Gesandtschaft ermächtigt, folgendes zu erklären:

Jede Ausfuhr von Feuerwaffen und Teilen von Feuerwaffen ist einer besonderen Genehmigung seitens des Staates unterworfen. Die Kontrolle über die Ausfuhr ist sehr streng und läßt praktisch jede unerlaubte Ausfuhr aus. Was die Lagerung an altem Kriegsmaterial betrifft, das in Holland vorhanden ist, ist es nötig, zwischen dem Lager von Arnhem und dem Lager von Mariendijk zu unterscheiden, die sich aber im übrigen beide unter der Kontrolle des Staates befinden. Das erste Lager, das eine gewisse Anzahl von Waffen der verschiedensten Herstellungsklassen, vor allem Gewehrrohre, die nur zum Teil fertiggestellt sind, und die als unbrauchbar von den Beamten der holländischen Wehrverwaltung abgelehnt worden sind, enthält in Intakt. Die Kontrolle, die über dieses Lager hinsichtlich angelegt wird, gestattet es, formell die Behauptung zu deklariere, daß im vergangenen Frühjahr von diesem Lager aus Waffenlieferungen nach Deutschland gegangen seien. Das Lager von Mariendijk enthält keine Waffen, sondern nur Maschinen zur Herstellung von Waffen, deren Handel frei ist. Diese Maschinen stammen aus den Jahren vor 1918 und sind weit davon entfernt, modern zu sein. Es handelt sich um Maschinen, die weder kompliziert noch schwer herzustellen sind. Nach Ansicht von Sachverständigen sind sie für die Herstellung von modernen Geschützen unbrauchbar. Die außerordentlich strenge Kontrolle, der die Herstellung und der Transport von Kriegsmaterial in Holland unterworfen sind, gestattet es, festzustellen, daß keine geheime Ausfuhr von so geräumigen Stücken wie Geschützen und Geschützrohren möglich ist.

stellt die Frage, warum unter diesen Umständen ein Teil der französischen Öffentlichkeit zu ähnlichen Behauptungen bei dem Gedanken, in Verhandlungen mit Deutschland einzutreten.

„Le Jour“ ist durchaus bereit, mit Deutschland zu verhandeln, lehnt aber eine vorherige Vereinbarung des Saarproblems ab.

weil seiner Ansicht nach Frankreich damit seine Hand zur Revision des Versailler Vertrages biete.

„L'Ordre“ verbreitet die Nachricht, daß in gewissen Kreisen das Gerücht von einer Annäherung von Japan und Deutschland verbreitet sei. Offenbar soll das nationalistische Blatt hierdurch seine Leser gleichfalls mit dem Gedanken einer deutsch-französischen Aussprache verführen.

„Unerwünschte Elemente“

Paris, 2. Dez. Im Pariser Gemeinderat sprach gestern Polizeipräsident Gignoux über eine notwendige Säuberungsaktion, durch die Paris von unerwünschten Elementen bereinigt werden müsse. In diesem Zusammenhang kam er auch auf die in Paris lebenden deutschen Emigranten zu sprechen, deren Zahl er mit 7200 angab. Gignoux erklärte, daß die politische Betätigung dieser Elemente gegen das Land, aus dem sie ausgewandert seien, nicht geduldet werden könne. Auch könne man unmöglich zulassen, daß die Emigranten die Löhne und Warenpreise herunterdrücken.

Sollprovisorium mit Polen verlängert

Warschau, 2. Dez. Das deutsch-polnische Zollprovisorium, nach dem für die Dauer der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen die niedrigeren Zölle des neuen polnischen Zolltarifs auf deutsche Waren Anwendung finden, wurde am Freitag zum dritten Male, und zwar bis zum 15. Dezember, verlängert.

Paris zur Einheit von Partei und Staat

Paris, 2. Dez. Die bedeutenden innerpolitischen Maßnahmen, die am Freitag in Berlin beschlossen worden sind, haben in der Pariser Presse größte Beachtung gefunden.

Das „Journal“ schreibt, seit Freitag vertrete die NSDAP, allein das Reich, mit dem sie völlig verschmolzen sei. Der Grundlag der völligen Verschmelzung sei von Hitler ohne Einschränkungen anzuwenden worden, und man mühte unterstreichen, daß die NS durch die neue Verordnung ein integrierendes Bestandteil des Reiches werde, genau wie die Polizei oder die Reichswehr.

Nach dem „Echo de Paris“ waren die Nationalsozialistische Partei und der Staat schon seit dem 12. November eins. Um diese Einheit zu verwirklichen, sei es notwendig geworden, eine enge Zusammenarbeit der Parteileitung und der Obersten SA-Führung mit den staatlichen Behörden sicherzustellen. Die Erhebung Hitlers zum Reichsminister lasse, wie das Blatt schreibt, darauf schließen, daß die Braune Armee aufhöre, nur ein Instrument des Führers der Partei zu sein, sondern eine staatliche Macht werde und sich somit der endgültigen Form nähere, die sie durch eine natürliche Entwicklung erhalten werde.

Aussprache Berlin-Paris unvermeidlich

Resignierte Pariser Betrachtungen

Paris, 2. Dez. Die Betrachtungen über die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer direkten deutsch-französischen Aussprache werden von der Pariser Presse fortgesetzt, wobei das Bestreben der französischen Regierung erkennbar wird, die in der Öffentlichkeit vorbereiteten Bedenken zu entkräften.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ rät der Regierung, unverzüglich die Aussprache mit Deutschland aufzunehmen, damit die Reichsregierung gezwungen werde, ihre Absichten zu präzisieren. Wenn Frankreich noch länger herumtaste, werde es seine letzten Illusionen verlieren.

Am besten wäre es, einen Fragebogen aufzustellen, auf den die Reichsregierung zu antworten hätte. — „Deuxieme“ weist auf die Aussprache des Kriegeministers Daladier vor dem Comité der Militärpresse hin, worin Daladier erklärte, daß Frankreich gut gerüstet dastehe und kein Grund zur Beunruhigung vorliege. Das Blatt

Die beiden neuen Reichsminister

Links: Rudolf Hess, der Stellvertreter des Führers in der NSDAP.

Rechts: Ernst Röhm, der Chef des Stabs der SA. und SS.

phot. N.Y.T.

Partei wird zum Staate

Mit dem Gesetz, das die NSDAP zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhebt — ein Vorgang, der mit der Ernennung von Hess und Röhm zu Reichsministern die Funktion des Reichspräsidenten bekommen hat —, ist ein wichtiges Stück der neuen Reichsverfassung geschaffen. Der neue Staat und die Partei, die ihn trägt, vermählen sich auf einer höheren Grundlage, als sie jemals im Rahmen der alten Parteibegriffe denkbar war. Denn für diese Art von Parteien, die Volksteile erfassen und sie im parlamentarischen Interessentampf gegeneinanderführen, ist dieses Gesetz die offizielle Todesurkunde. Und es ist zugleich der amtliche Stempel unter die verwirklichte Volksgemeinschaft als die wichtigste Errungenschaft des zu Ende gehenden Jahres.

Die Ereignisse, die von der Bildung der nationalen Regierung über die nationalsozialistische Revolution bis zur politischen Einigung des Volkes in der Wahl vom 12. November geführt haben, mußten in einem solchen geschichtlichen Akt ihren Ausdruck und ihre Sicherung für die Zukunft erhalten. Denn die Weimarer Verfassung ist durch das Ermächtigungsgesetz praktisch längst außer Kraft gesetzt. Nach dem Abschluß der revolutionären Periode und der bereits weit fortgeschrittenen Bildung der neuen Staatsform auf dem Wege der von der Führung bestimmten Evolution ist die Zeit reif für die Verankerung dieser Ergebnisse in einer neuen Verfassung. Für ihre praktische Brauchbarkeit als künftiges deutsches Staatsgrundgesetz ist es ein gutes Vorzeichen, daß die neuen Führer den Fehler ihrer Vorgänger vermieden haben, die sofort nach der Machtübernahme und mitten im Trubel der Novemberrevolution einen Haufen von Theoretikern mit der Aufgabe betrauten, nach fremden Vorbildern ein Verfassungssystem anzufertigen. Dieses Hirngespinn wurde dem Reich wie eine Zwangsjacke umgestülpt, ohne Rücksicht darauf, ob es für die deutschen Lebensverhältnisse paßte oder nicht. Adolf Hitler ist bewußt den anderen Weg gegangen: Er hat erst aus der tatsächlichen Entwicklung, die er allerdings jederzeit in der Hand behielt und richtungsgemäß bestimmte, die geschichtlichen Konsequenzen gezogen. Nur was organisch gewachsen ist und seine Brauchbarkeit für das deutsche Staatsleben erwiesen hat, wird Stück für Stück durch Gesetze in die werdende Verfassung des Dritten Reiches hineingearbeitet. Und so entsteht nicht ein Plauschwerk, wie das von Weimar, sondern ein Staatspolitisches Kunstwerk, ebenso harmonisch in der Architektur wie unerlöschlich in den Grundlagen.

Die Gedanken allerdings, nach denen sich dieser Aufbau vollzieht, stammen nicht von heute und gestern. Sie sind bereits vor zehn Jahren in der Landshorger Wehrmachtskassette herangerührt und in Hitlers Buch „Mein Kampf“ niedergelegt, in dem überhaupt alle unwägbaren Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung in diesem Jahre schon vorgezeichnet und theoretisch begründet sind. In seinen Ausführungen über das Verhältnis der nationalsozialistischen Bewegung zum kommenden Staat schrieb der Führer damals, zu einer Zeit, in der die Partei für immer erschlagen schien, in felsenfestem Vertrauen auf ihre staats-erwerbende und staatsbildende Kraft: „Daher muß sich die nationalsozialistische Bewegung schon heute restlos in diese Gedanken einleben und sie zur praktischen Auswirkung innerhalb ihrer eigenen Organisation bringen, auf daß sie dereinst dem Staate nicht nur dieselben Richtlinien weisen mag, sondern ihm auch bereits den vollständigen Körper ihres eigenen Staates zur Verfügung stellen kann.“ Das ist nun mit dem Gesetz über die Verschmelzung von Partei und Staat in letzter Vollendung geschehen. Was damals dem Festungsgefangenen Hitler vorgeschwebt hat, das hat der Reichskanzler Hitler zehn Monate nach der Machtübernahme genau so zur Durchführung gebracht. Allerdings nicht mit einem Schlag oder durch einen Gewaltstreik, sondern in Etappen, denen sich keine Politik als die Kunst des Möglichen anpaßt: Nach dem 30. Januar knüpfte die nationale Regierung an die bisherige Regierungsform an. Die Opposition der bürgerlichen und marxistischen Parteien konnte sich bis zur Neuwahl des Reichstages noch in den alten Formen betätigen. Der Wahlsieg vom 5. März lieferte dann die Grundlage zur großen Umwälzung, die ihrem Inhalt und ihrer Auswirkung nach revolutionär war, aber auf dem Boden der Legalität vollzogen wurde. Von hier aus vollzog sich folgerichtig die Überwindung der anderen Parteien mit solcher Schnelligkeit, daß im Sommer bereits das Einparteiensystem vollendete Tatsache war. Trotzdem fanden sich aber in diesem Stadium Partei und Staat, wenn sie auch vielfach miteinander verflochten waren, getrennt gegenüber. Nur in der Folge war die Verbindung durch die Personalunion des Parteiführers mit dem Reichskanzleramt hergestellt. Hitlers erfolgreicher Regierungsdarstellung war es dann erst zu verdanken, daß die Ver-

önnen
wenn sie, wie
hier, regel-
mäßig
auf den
Wohnstän-
den
für gute
Deckung
24
Ruf 06035
Kochgeschloß